

Informationsblatt nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Erhebung von Daten (Einkommensnachweise) zwecks Festsetzung des Eltern- /Betreuungsbeitrags zur Teilnahme an der Offenen Ganztagschule der Gemeinde Kalletal

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Gemeinde Kalletal von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

Verantwortliche/r:	Gemeinde Kalletal - Der Bürgermeister Rintelner Str. 3, 32689 Kalletal Telefon: 0 52 64 – 644 0 / Fax: 0 52 64 – 644 100 / E-Mail: info@kalletal.de
Datenschutzbeauftragte/r:	Datenschutzbeauftragte/r der Gemeinde Kalletal Rintelner Str. 3, 32689 Kalletal Email: datenschutz@kalletal.de
Zweck und Notwendigkeit:	Die Gemeinde Kalletal verarbeitet personenbezogene Daten zum Zwecke der Festsetzung des Eltern-/Betreuungsbeitrages zur Teilnahme an der Offenen Ganztagschule. Die Notwendigkeit der Datenverarbeitung ergibt sich aus dem Betreuungsvertrag, der mit dem Betreuungsträger (<i>DRK-Jugendhilfe und Familienförderung in Lippe gGmbH bzw. BaS gGmbH Bielefeld</i>) geschlossen wurde. Ohne entsprechende Datenangaben und Datenverarbeitung ist eine Teilnahme an der Offenen Ganztagschule nicht möglich oder es ist laut Satzung der monatliche Höchstbeitrag zu leisten.
Rechtsgrundlage:	Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage <ol style="list-style-type: none"> 1. der Erfüllung eines Vertrages gem. Art. 6 Abs. 1 lit b DS-GVO mit dem Betreuungsträger der OGS 2. einer gesetzlichen Vorgabe gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO 3. der Satzung der Gemeinde Kalletal über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der Offenen Ganztagschule (OGS) in der z.Zt. geltenden Fassung
Empfänger/Kategorien von Empfängern:	Ihre Daten (Einkommensnachweise) werden nicht an Dritte weitergeleitet. Lediglich eine Kopie des Elternbeitragsbescheides wird dem Betreuungsträger zur Einziehung und Abrechnung des Eltern-/Betreuungsbeitrages übersandt.
Berechtigte Interessen:	---
Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation:	Erfolgt nicht.
Speicherdauer bzw. -kriterien:	Solange die Daten benötigt werden und die gesetzlichen Vorgaben dies erfordern.
Betroffenenrechte: - <i>siehe auch Rückseite</i> -	Auskunftsrecht (Art. 15) Recht auf Berichtigung (Art. 16) Recht auf Löschung (Art. 17) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20) Widerspruchsrecht (Art. 21) Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77)
Widerruf:	Die Einwilligung kann jederzeit für die Zukunft widerrufen werden. Die Daten dürfen ab dem Zeitpunkt nicht mehr verwendet werden. Der Widerruf muss schriftlich erfolgen, es genügt die Mitteilung per E-Mail an die E-Mail-Adresse info@kalletal.de . Die Verarbeitung der Daten war bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.
Profiling:	Eine Profilierung seitens der Gemeinde Kalletal findet nicht statt. Eine Auswertung für statistische Zwecke (anonymisiert) ist möglich.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Des Weiteren hat die betroffene Person das Recht von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung der sie betreffenden unrichtigen Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat und zwar für die Dauer der Überprüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Grund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DS-GVO verarbeitet werden, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung beziehungsweise eines Vertrages mithilfe automatisierter Verfahren beruht (Art. 20 DS-GVO). Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Wahrung der öffentlichen Aufgaben erfolgt, die Rechte und Freiheiten anderer Personen betroffen sind und die Übertragung technisch nicht möglich ist.

Der betroffenen Person steht das Recht zu, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 a oder Art. 9 Abs. 2 a DS-GVO) beruht, jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.

Die betroffene Person hat das Recht auf die möglichen Folgen einer Nichtbereitstellung der sie betreffenden personenbezogenen Daten hingewiesen zu werden (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsortes, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Nordrhein-Westfalen ist die zuständige Aufsichtsbehörde die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4 in 40213 Düsseldorf.

Bei einer Zweckänderung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten erhalten Sie weitere Informationen von der Gemeinde Kalletal.